




Schlussberichte 2020

Sitzung des Sonderausschusses für Controlling und Revision am 04.10.2022

Vorbemerkungen

- Neues Verfahren der Vorabstimmung der Berichtsentwürfe mit dem Magistrat
 - brachte einen weiteren Monat Verkürzung (November → Oktober)
 - wird auch vom Hess. Rechnungshof im Großstädtebericht 2020 unterstützt
- Arbeitsweise des Revisionsamtes und Berichterstattung:
 1. unterjährige geplante Prüfungen → Berichte der Revision (BdR)
 2. unterjährige Prüfung von Beschlussvorlagen (MBE, ME) → Stellungnahmen an den Magistrat (+ HuF gem. § 13 Abs. 2 RevO)
 3. Prüfung der Jahresabschlüsse und des Gesamtabschlusses → Schlussberichte **Teile I bis III**
 4. Ausgewählte Aspekte von 1. und 2. → Schlussberichte **Teil IV**
 5. Ausgewählte Aspekte von 1. bis 4. → Präsentationen in den Ausschüssen
-  -Wertung wird auch vom Hess. Rechnungshof unterstützt

Schlussberichte 2020 – Agenda

Prüfung der Jahresabschlüsse 2020 der Kernverwaltung ([Teil I](#)) und des Sondervermögens ZVK ([Teil II](#))

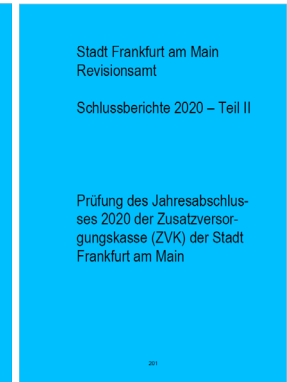
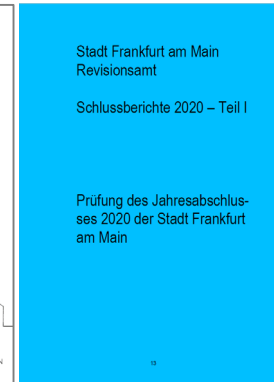
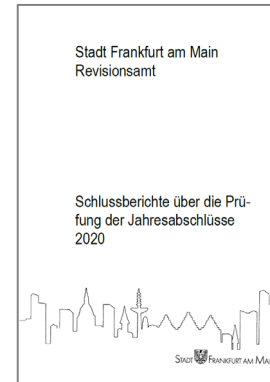
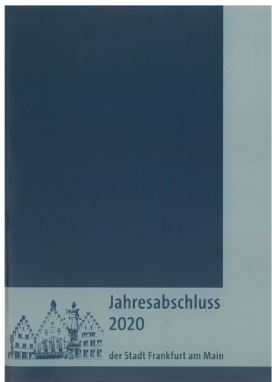
Prüfung des Konsolidierten Gesamtabchlusses 2020 ([Teil III](#))

Feststellungen zur Haushaltslage ([Teil I](#) Tz. 6)

Feststellungen zur Organisation ([Teil I](#) Tz. 7.1, [Teil IV](#))

Stand der Entlastungsverfahren ([Teil I](#) Tz. 5, [Teil IV](#) Tz. 6.3, 8.3)

Ausblick und Fazit



Schlussberichte 2020

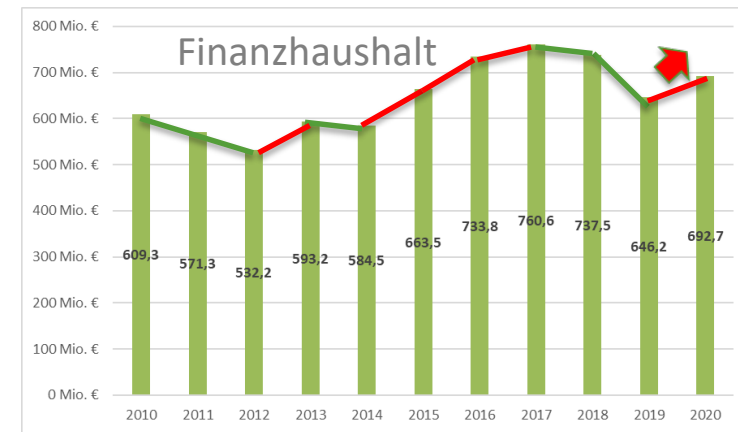
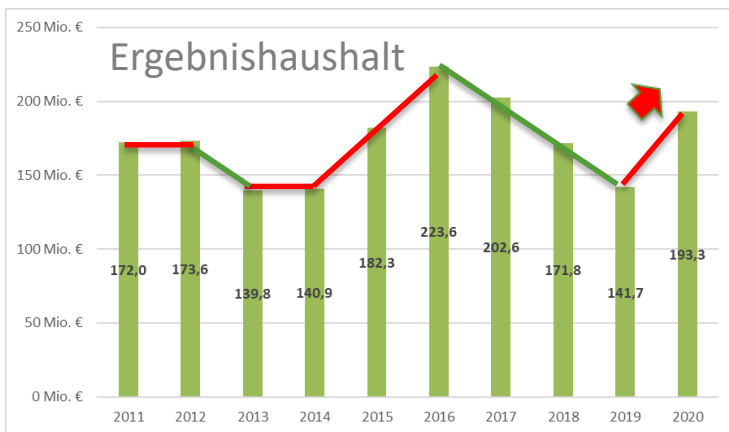
Prüfung der Jahresabschlüsse der Kernverwaltung (**Teil I**) und des Sondervermögens ZVK (**Teil II**)

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- 14. Jahresabschluss nach der Eröffnungsbilanz (EÖB)
- **Aufstellungsfrist** formell überschritten (M 59 vom 07.05.2021) 🙌
- **Nicht-Vorlage eines HSK** nach § 92a Abs. 3 HGO hat HMdIS mit Genehmigung des HH 2020 toleriert
- **vorläufige Haushaltsführung**
 - Rechtzeitige Erinnerung durch StK an Einhaltung des § 99 HGO 👍
 - Erleichterung der städtischen Ausführungsregeln für Zuschussempfänger wegen Corona 👍
 - HMdIS bereits zum HH 2019: 👎
 - „Normen zur vorläufigen Haushaltsführung haben nicht die Absicht des Gesetzgebers, dass die Stadt Frankfurt ihren HH regelmäßig verspätet vorlegt.“
 - HMdIS wertet dies als Verstoß gegen § 97 Abs. 4 HGO!
 - HH 2022 auch nicht besser, und HH 2023 voraussichtlich auch nicht!
- **Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen** 🚩 in Höhe von rd. 33 Mio. € (Vj.: 9 Mio. €) 🙌

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- **Budgetüberträge** von 2020 auf 2021 weitgehend bestimmungskonform gebildet
 - Ergebnishaushalt: von 142 Mio. € auf 193 Mio. € (+51 Mio. € / +36,4 %)
 - Finanzhaushalt: von 646 auf 693 Mio. € (+47 Mio. € / +7,3 %)
- Weiterhin **gezielte Steuerung** der Aufwendungen und Investitionen erforderlich!
- **IPG-Ausführung** belastet künftige Ergebnishaushalte (Abschreibungen)!



Schlussberichte 2020 – Teil I, Grafik 6-3 (S. 51) und Grafik 6-5 (S. 53)

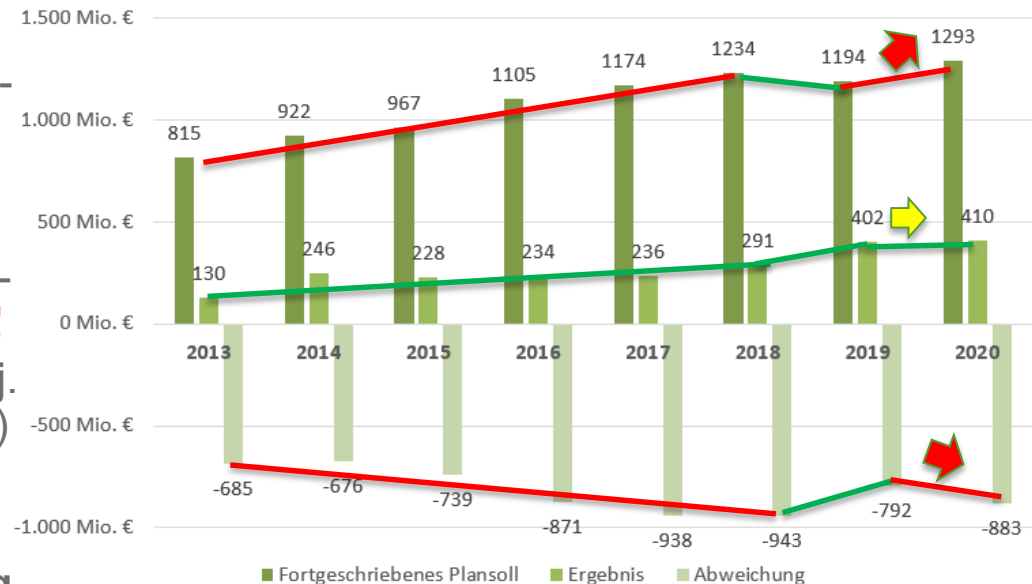
Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Ausführungen zum **Stand der Aufgabenerfüllung** mit den **Zielsetzungen und Strategien** 🖱
 - Transformation von der **Input-orientierten Steuerung** (Budgetansätze) zur **Output-orientierten** Steuerung bis heute nicht wirklich vollzogen
 - letztlich kann so **keine Steuerungswirkung** entfaltet werden
 - wir begrüßen die Annahme des [E 116](#) zum Haushalt 2022
- Haushalt 2020 ohne **Auflagen** genehmigt, damit die Stadt in der Pandemie bedingten Krise handlungsfähig bleibt
- Entwicklung des **Ergebnishaushalts 2020**
 - HH-Ausgleich stellt immer größer werdende Herausforderung dar
 - Corona Krise offenbarte: stetiger Ertragszuwachs nicht selbstverständlich
 - Jahresergebnis 2020 von -65 Mio. € war nur durch Kompensationszahlungen von Bund und Land in Höhe von rund 440 Mio. € möglich

Jahresabschluss der Kernverwaltung










■ Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeit 🙌

- **2019 erstmals Rückgang** der Abweichung, da im Wesentlichen das Plansoll reduziert wurde
- **Umsetzung 2019 + 2020 auf über 400 Mio. €** verbessert, bleibt aber weiterhin hinter Planung zurück!
- Abweichung gegenüber Vj. wieder erhöht (+91 Mio. €)
- Anpassung der Planung an das **Leistbare!**
- **Ausbau und Optimierung der Kapazitäten!**
- **Rundmails des StK zu den HH 2022 und 2023: „Investitionsplanung entlasten!“** 👍






Schlussberichte 2020 – Teil I, Grafik 6-16 (S. 72)






Jahresabschluss der Kernverwaltung

- diverse Empfehlungen zur Verbesserung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung [[Teil I](#), Tz. 7.1]
 - Freigabe des IT-gestützten Buchführungssystems **SAP® ECC** weiter ausstehend 
 - Freigabeprozesses für **finanzrelevante IT-Verfahren** dringend neu zu regeln 
 - (zentrales/IT-gestütztes) **Vertragsmanagementsystem** weiterhin nicht in Sicht 
 - Regelungen zum **Bestell- und Anordnungswesen** mit MB Nr. 57 sowie OB-Verfügung vom 15.01.2021 erfreulicherweise neu geregelt; Datenbank ausstehend 
 - **Zuwendungswesen**: (später unter „**Feststellungen zur Organisation**“) 
 - kaum Verbesserung der Prozesse zur **Umsetzung des IPG** im Rechnungswesen 
 - Prozesse im **Forderungsmanagement** → Zentralisierung 
 - Prozesse im **Kreditorenmanagement** → eRechnungsbearbeitung (xFlow) 
 - durch **neues IT-Verfahren zur Verwaltung von Wohnungsbaudarlehen** 
kaum Verbesserungen

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Vereinzelte, wesentlichen Beanstandungen, insbesondere auf Grund **mangelhafter Prozesse im investiven Bereich** (siehe Umbuchungsliste in **Anlage 1** zum **Teil I** der Schlussberichte 2020)
- weiterhin **fehlende Rückstellung** für Lebensarbeitszeitkonten (LAK) 
 - Feststellung bereits zum JA 2018 → keine Passivierung im JA 2019 + JA 2020
 - **fehlende Aufwendungen** in der Ergebnisrechnung 2020 von **37,8 Mio. €**
 - (nachrichtlich: Rückstellung im JA 2021 gebildet) 
- **nicht werthaltige, aktivierte Planungskosten** für U5-Europaviertel 
 - **fehlende Aufwendungen** in der Ergebnisrechnung 2020 von **9,0 Mio. €**
- **versäumte Auflösung des Sonderposten** für „SEM Riedberg“ 
 - Sonderposten zum 01.07.2016: 156,6 Mio. €
 - **fehlende Erträge** in der Ergebnisrechnung von **25,4 Mio. €**
 - (nachrichtlich: Umsetzung erst in 2022) 
- **steuerliche Rückzahlungsrisiken** i. Z. m. Cum/Ex-Aktien-Transaktionen; gem. Anhang 2021: rd. 280 Mio. € (nach § 16 GemHVO keine Rückstellung zulässig)!




Jahresabschluss der Kernverwaltung

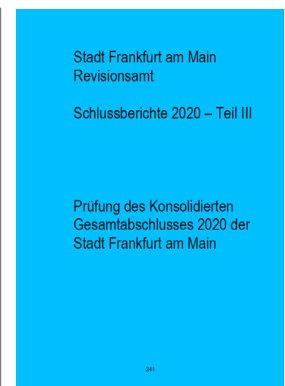
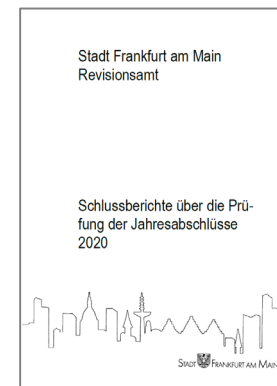
- Nach unseren Prüfungsfeststellungen hätte sich ein um **21,2 Mio. €**  **schlechteres** Jahresergebnis (Saldo aus **48,7 Mio. € fehlenden Aufwendungen** und **27,5 Mio. € fehlenden Erträgen!**) ergeben (siehe korrigierter JA in **Anlage 2** zum **Teil I** der Schlussberichte 2020)
- (IT-gestütztes) Vertragsmanagementsystem weiterhin nicht in Sicht 
 - **unvollständige Angaben im Anhang** nicht auszuschließen!
 - wir begrüßen die Annahme des **E 118** zum Haushalt 2022 
 - aktueller Bericht des Magistrats hierzu: **B 369** vom 26.09.2022
- **Jahresabschluss 2020** stellt dennoch insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Frankfurt am Main dar 
- **Lage- und Rechenschaftsbericht 2020** vermittelt insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Haushaltswirtschaft in 2020 und der Lage der Stadt unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben 
- **→ sehr hohe Erwartungen an die Reformprojekte!!**

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Die Prüfungsfeststellungen haben keinen Anhalt dafür ergeben, dass die **Haushaltsführung insgesamt** nicht geordnet war.
- Gleichwohl sind die **für den Einzelfall**, aber auch darüber hinaus **bedeutsamen Prüfungsfeststellungen** hervorzuheben. Sie sollten zum Anlass genommen werden, Beanstandungen auszuräumen bzw. Vorkehrungen gegen Wiederholungen von fehlerhaftem Verwaltungshandeln zu treffen.
- Mit dieser Prüfungsbestätigung ist die **Erwartung** verbunden, dass die **notwendigen Korrekturen und Ergänzungen im Rahmen des Haushaltsvollzugs** mit den künftigen Abschlüssen **vorgenommen werden**.
- Es bestehen unter diesen **Prämissen** keine Bedenken, den Jahresabschluss festzustellen und dem Magistrat die Entlastung für das Haushaltsjahr 2020 gemäß § 114 HGO auszusprechen.

Jahresabschluss des Sondervermögens

- Zusatzversorgungskasse (ZVK) formell
 - ein Sondervermögen mit 2 Abrechnungsverbänden und 2 Teilhaushalten
 - ein Konsolidierter Abschluss mit separaten Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen pro Abrechnungsverband (nach HGB + RechVersV)
 - ein Lagebericht
- **Jahresabschlusses 2020** der ZVK 
 - Prüfung ohne Beanstandungen
 - stellt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ZVK insgesamt, als auch der jeweiligen Abrechnungsverbände dar
- Der **Lagebericht** vermittelt eine zutreffende Vorstellung von der Lage 
der ZVK insgesamt, als auch von den jeweiligen Abrechnungsverbänden
- **Beschluss- und Entlastungsempfehlungen** wie für die 
Kernverwaltung



Schlussberichte 2020

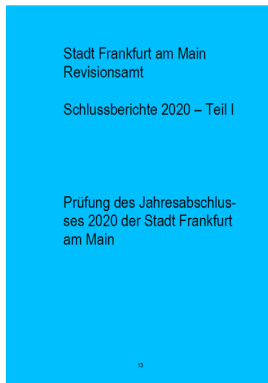
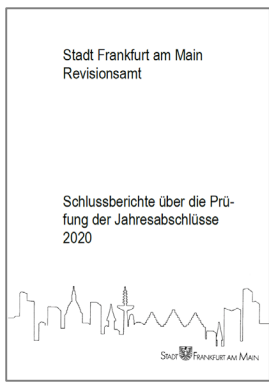
Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2020 (Teil III)

Konsolidierter Gesamtabschluss

- **Aufstellung** erfolgte nicht fristgemäß (M 164 vom 25.10.2021) 🖐️
- Ausstehende **Freigabeempfehlung für SAP** betrifft auch den Konsolidierten Gesamtabchluss 🖐️
- **Konsolidierungskreis** ist vollständig; Beschreibungen verbesserungsfähig 🖐️
- **Konsolidierungsmaßnahmen** sind richtig erfolgt 👍
- **Anhang** enthält die vorgeschriebenen Erläuterungen 👍
- **Fehlendes Vertragsmanagementsystem** betrifft auch den Konsolidierten Gesamtabchluss 🖐️
- Die **Übersichten** erfüllen die gesetzlichen Vorgaben 👍
- Darstellungen zum **Stand der Aufgabenerfüllung** und der **Erfüllung des öffentlichen Zwecks** 🖐️
 - SOLL-IST-Vergleiche auch bei den anderen Aufgabenträgern wünschenswert
 - Ähnliche Problematik wie im Haushaltsplan und im Jahresabschluss

Konsolidierter Gesamtabschluss

- Prüfung hat insgesamt zu **keinen wesentlichen Einwänden** geführt
- Nach unserer Beurteilung vermittelt der **Konsolidierte Gesamtabschluss 2020** ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“.
- Der **Konsolidierte Lage- und Rechenschaftsbericht 2020** vermittelt ein zutreffendes Bild von der Lage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Stadt zutreffend dar.
- Es bestehen **keine Bedenken**, über den Konsolidierten Gesamtabchluss 2020 gemäß § 114 HGO beschlusszufassen.



Schlussberichte 2020

Feststellungen zur Haushaltslage

Feststellungen zur Haushaltslage

	2020	2021	2022	2023	2024
Produkthaushalt	vollzogen 	vollzogen 	Vorläufige Haushaltsführung! 	in Planung	Planung bevorstehend
Jahresabschluss	aufgestellt geprüft 	aufgestellt in Prüfung 	-	-	-
Gesamtabschluss	aufgestellt geprüft 	in Aufstellung	-	-	-
Schlussberichte	Beratung in Ausschüssen 	in Erstellung	-	-	-



Feststellungen zur Haushaltslage

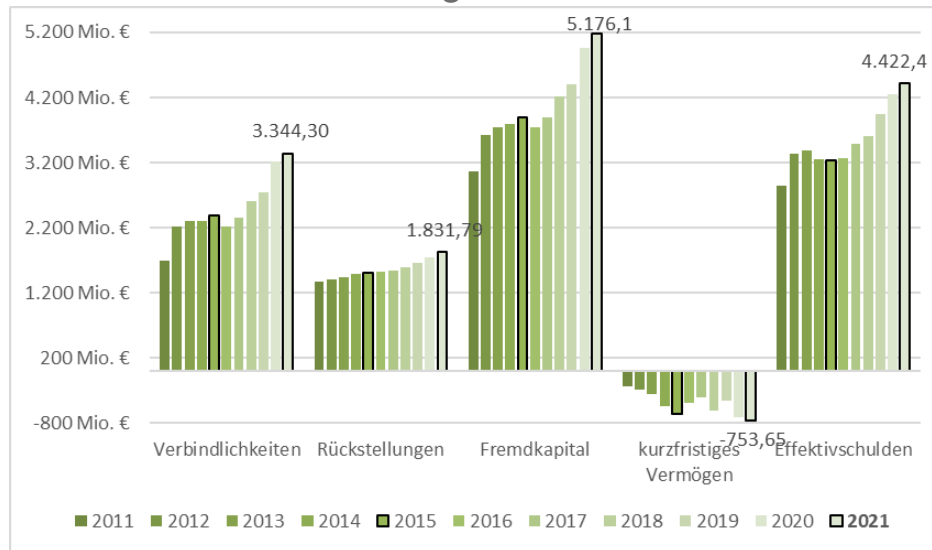
■ Allgemeine Beobachtungen

- Haushalte bisher schon **chronisch defizitär**; Jahresergebnisse
 - 2018: **-27,8 Mio. €**
 - 2019: **-100,7 Mio. €**
 - 2020: **-65,4 Mio. €** (Ausgleich GewSt-Ausfälle durch Bund und Land i.H.v. 439,8 Mio. € !)
 - 2021: **53,0 Mio. €**
- **Corona-Krise** führte für 2020 ff. zu **Ertrags-/Einzahlungsausfällen** bei gleichzeitiger **Ausweitung der Aufwendungen/Auszahlungen** (Kosten)
- 2021: deutlich freundlicheres Bild: **Erstarben der GewSt-Erträge** mit Anstieg auf **rd. 2,1 Mrd. €!**
- 2022: **Ukraine-Krieg** befeuert die **Inflation**, insbesondere für **Energie- und Baukosten**, aber auch Anstieg der Refinanzierungskosten
 - Starke Belastung des Ergebnishaushalts bzw. der Ergebnisrechnung
 - Verzerrung der „Performance der IPG-Umsetzung“

Feststellungen zur Haushaltslage

■ Finanzlage / Verschuldung [Teil I, Tz. 6.3.5, S. 71 ff.]

- höchster Schuldenstand (aus investiver Kreditaufnahme und der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte) seit 14 Jahren mit **2,6 Mrd. €**
- **Effektivschulden** betragen zum 31.12.2021 inzwischen > **4,4 Mrd. €**

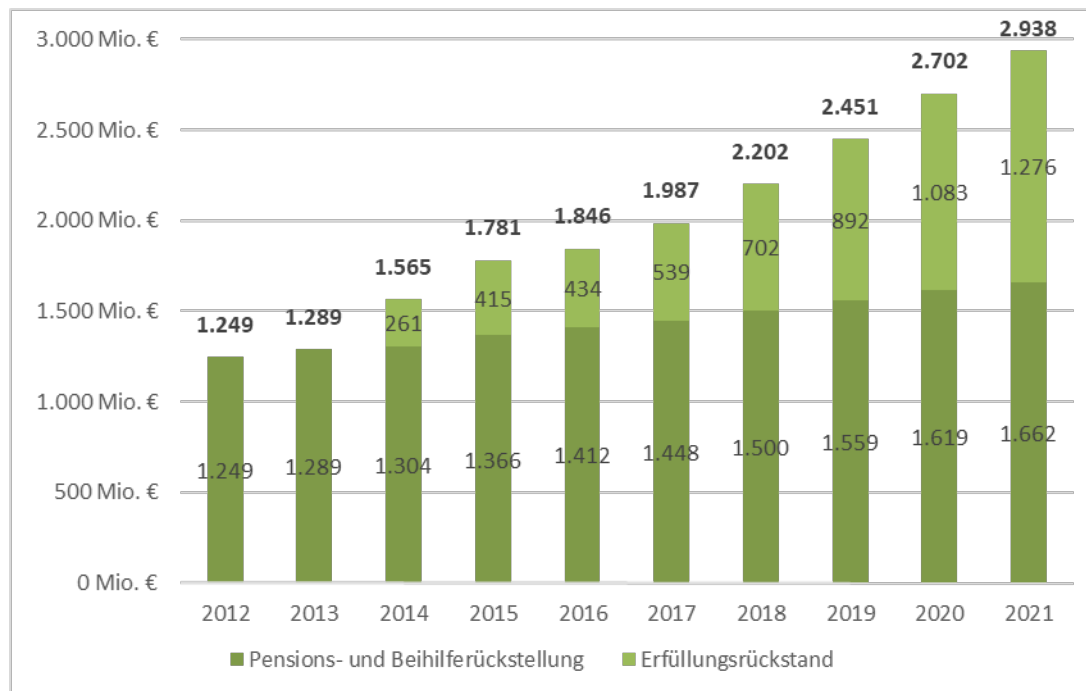


Schlussberichte 2020 – Teil I, Grafik 6-17 (S. 74) aktualisiert auf 2021

- HH-Genehmigung: vorgesehenen Kreditaufnahmen müssen mit der **dauernden Leistungsfähigkeit** im Einklang stehen (§ 103 Abs. 2 HGO)

Feststellungen zur Haushaltslage

- **Pensionsrückstellungen** [Teil I, Tz. 6.3.5.5, S. 78 und Tz. 7.2.1.2 - P.3.1, S. 141]
 - **Erfüllungsrückstand (= Pensionslast)** zum 31.12.2021: **1,28 Mrd. €**
 - Pensions- und Beihilferückstellung müsste **2,94 Mrd. €** betragen



Schlussberichte 2020 – Teil I, Grafik 7-10 (S. 141); aktualisiert auf 2021

Feststellungen zur Haushaltslage

■ Haushalt 2022

- per Anfang Oktober noch nicht genehmigt und somit noch nicht rechtskräftig (Sommerferien)
- **Haushaltsgleich im Plan** aber nur mit erheblichen Anstrengung unter Einbeziehung Rücklagen
- **M 66** vom 06.05.2022 „Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2022 gemäß § 92a HGO“
→ Berücksichtigung des Jahresergebnis 2021 (+53,0 Mio. €) in der Planung
- **„Haushaltsgleich in der Rechnung“** bis zum Jahresabschluss noch offen
 - Auch wenn im ersten Halbjahr 2022 ein neuer GewSt-Rekord zu verzeichnen war,
 - starke Belastung des Ergebnishaushalts bzw. der Ergebnisrechnung durch Inflation zu erwarten!
 - Auswirkungen der Inflation auf Konjunktur und damit auch Gewerbesteuererträge 2022!

■ Haushaltsplanung 2023

- Entwicklung der Corona-Pandemie sowie des Ukraine-Krieges und damit der Wirtschaft schwer absehbar
- unvermeidbare Zuwächse für
 - Sozial- oder Versorgungsaufwendungen; Transferleistungen
 - Sach- und Dienstleistungen (Energie)
 - Unterstützungen defizitärer städtischer Gesellschaften zur Existenzsicherung, insbesondere SWFH (nächste Folie)
 - Zuwendungen und Zuschüsse an Dritte (Vereine etc.)
- vorzusehende Steigerungsraten für Personalkostenansätze

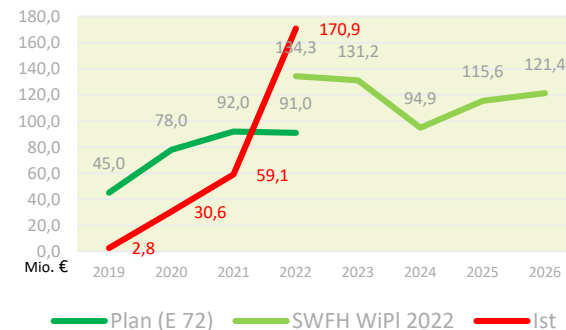
■ steuerliche Rückzahlungsrisiken aus Cum/Ex-Aktien-Transaktionen i. H. v. rd. 280 Mio. €

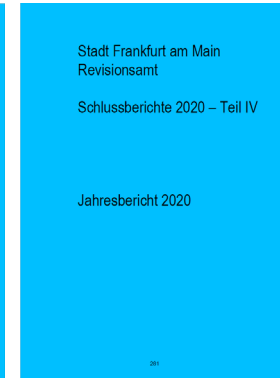
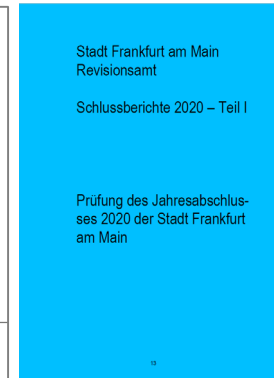
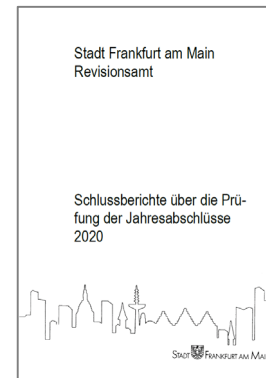
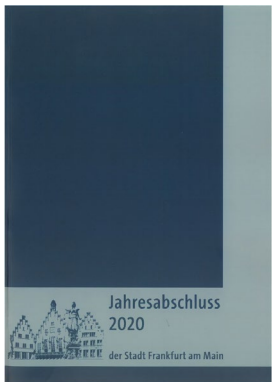
- Abfluss in 2023 zunehmend wahrscheinlich
- bisher nicht im HH-Planentwurf 2023 berücksichtigt

Feststellungen zur Haushaltslage

- **Eigenkapitalverzehr bei der SWFH** [Teil I, Tz. 7.2.1.2 - A.1.3.1, S. 112]
 - E 72 vom 25.01.2019 mit HH 2019 beschlossen (§ 3734 vom 28.02.2019 (Anlage 7))
 - Verlängerungsregelung über E 143 vom 04.05.2022 mit HH 2022 grundsätzlich beschlossen (§ 1832 18.02.2022 (Anlage 14)); Konkretisierung mit HH 2023
 - Verluste der SWFH (aus dem Querverbund) werden bis 2022 zum Jahresende unmittelbar über die Ergebnisrechnung ausgeglichen; Spitzabrechnung gem. E 72
 - **Mehr-Kosten** für ÖPNV und Schwimmbäder sowie **Minder-Erträge** von Mainova, AVA und Fraport werden den Kernhaushalt bis mind. 2026 (E 143) zusätzlich belasten
 - Ab HH 2023: siehe B 332 vom 09.09.2022 zum o. g. E 143

in Mio. €	Σ	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Plan (E 72)	306,0	45,0	78,0	92,0	91,0	-	-	-	-
SWFH Wirtschaftsplan 2022	597,2	45,4	37,4	99,8	134,3	131,2	94,9	115,6	121,4
Ist	263,4	2,8	30,6	59,1	e170,9	?	?	?	?





Schlussberichte 2020

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Vordringliche Reformthemen aus Sicht der Revision

Thema	Einschätzung Revisionsamt
Neuausrichtung städtisches Rechnungswesen	→ Folie 26
Gesamtstädtischen Digitalisierungs-Strategie	→ Folie 27
Rollout E-Akte	→ Folie 28
Zuwendungswesen	→ Folie 29
Projektauftrag Vertragsmanagement (E 118)	noch keine Projektstruktur beschlossen; B 369 vom 26.09.2022
Beschlussvorlagenmanagement (PARLIS, VoBis)	kein wesentlicher Fortschritt; schwierige Abstimmung zwischen den Beteiligten
Hochbau- und Liegenschaftsmanagement (HLM)	→ Folie 30–32

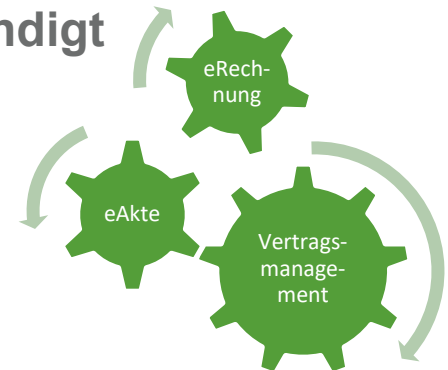
Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Neuausrichtung des städt. Rechnungswesens** [[Teil I](#), Tz. 7.1.2.5 d), S. 96]
 - insbesondere erforderlich für
 - Digitalisierung des Bestell- und Anordnungswesens
 - Ausrollen der elektronische Rechnungseingangsbearbeitung (eRechnung/xFlow)
 - Umsetzung des neuen Umsatzsteuerrechts ab 01.01.2023 (§ 2b UStG)
 - SAP-Umstellung auf S/4HANA, Fachkräftemangel
 - Projektleitung durch POA mit Unterstützung durch externen Berater
 - Umsetzungsprojekt im November 2021 begonnen; vier Teilprojekte (TP):

TP	Thema	Status	geplantes Ende
1	Forderungsmanagement	abgeschlossen	
2	Aufbau Shared-Service Center (SSC) und Abnehmer	Neu aufgesetzt	2023
3	Dezernatscontrolling	begonnen	2023
4	Dienststellen mit eigener Rechnungsführung	Neu aufgesetzt	2023

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie** [Teil IV, Tz. 4.2.2, S. 328 ff.]
 - kein **ganzheitlicher Ansatz**, keine **Gesamtsteuerung**, keine **Hebung von Synergien**
 - bei der Umsetzung von Fachverfahren entstehen **Insellösungen**
 - bis jetzt! verfügte die Stadt weiterhin über keine gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie
 - Es fehlt insbesondere noch eine **Verwaltungsdigitalisierungsstrategie**
 - Die verschiedenen Teilstrategien sind aufeinander abgestimmt zu einer gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie zusammenzuführen
 - Schaffung einer solchen Strategie wurde **intern angekündigt**
 - **erste Schritte eingeleitet**



Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Rollout E-Akte** [[Teil IV](#), Tz. 4.2.2.3, S. 331 f.]
 - **Hintergründe** vor einem Jahr erläutert
 - Status bzw. Umsetzung **stadtweites Rollout**:
 - das beschaffte IT-Verfahren ist **einsatzfähig**
 - Einführung „Version 2020“ zwischenzeitlich umgesetzt
 - **letzte Berichte des Magistrats**
 - [B 239](#) „E-Government-Strategie der Stadt“ vom 28.05.2021: „es dauert an“;
 - [B 266](#) „Bericht über die Arbeit der Reformkommission“ vom 25.06.2021
 - Antwort zu [Frage 400](#) / 2021 vom 14.12.2021
 - seither (in 2022) kein neuer Bericht
 - Revisionsamt hat E-Akte zum 09.09.2022 in Eigenregie produktiv eingeführt (Pilot: Innenprüfung; weitere Bereiche folgen in 2023; 2024: alle)
 - Aus Sicht der Revision **neuer Ansatz** für den Rollout erforderlich
 - stadtweite Rollout muss **beschleunigt** werden
 - Nutzung nicht nur lediglich für eine Dokumentenablage, sondern für ämterübergreifende digitale **Verwaltungs(zusammen)arbeit!**

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Zuwendungswesen** [Teil I, Tz. 7.1.2.3, S. 91 ff.]
 - Revision thematisiert dies seit den Schlussberichten 2018
 - Revisionsamt begrüßt zwar die Beschlüsse
 - [§ 5567](#) vom 07.05.2020 (Überarbeit. FörderRiLi & Einrichtung Fördercontrolling)
 - [§ 7006](#) vom 28.01.2021 (Einführung datenbankbasierte, integrierte Anwendung)
 - sowie die intensive Befassung hiermit im Sonderausschuss „Contr. u. Revision“

aber

 - **Richtlinien** weiterhin in Überarbeitung bzw. **Muster** in Erstellung; **Empfehlungsumsetzung also sehr schleppend** (letzter Bericht [B 323](#) vom 20.07.2020)
 - **Projektstart** für stadtweite digitale Lösung (zentralisiert in Stadtkämmerei) war für 2022 geplant; **noch keine Projektstruktur** beschlossen; **Ämterumfrage** in Vorbereitung, Behandlung in Reformkommission (jüngste Berichte: [B 230](#) vom 20.05.2022 und B **xxx** vom 30.09.2022)

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Hochbau- und Liegenschaftsmanagement (HLM)

- Projekt in den Jahren 2015 bis 2017; Projekt ist u. E. noch nicht abgeschlossen!
- Zusammenlegung von Liegenschafts- und Hochbauamt, sowie Teilen des Stadtschulamtes zum ABI per 01.11.2017
- Gemeinsamer neuer Standort in der Solmsstraße seit Februar 2022
- nach 2,5 Jahren Interimsleitung neue Amtsleiterin des ABI ab Juli 2022

Thema	Einschätzung Revisionsamt
Grundstücksverkehrsgeschäfte (An- und Verkäufe; Erbbaurechte, etc.)	Städtische Musterverträge, Vorgehensweise
Immobilienmanagement 1: Vermietung stadteigener Immobilien an Dritte	Sanierungsstau, Leerstand, ...
Immobilienmanagement 2: Anmietungsmanagement	Bedarfsermittlung, Leerstand
Immobilienmanagement 3: Nutzung stadteigener Immobilien durch die Ämter (Dienstleister-/Betreiber-Modell durch ABI)	Betreiberverantwortung hat Stadt; Gesamtverantwortung bei ABI; unklare innerstädtische Regelungen
wirtschaftliches Bauen	→ Folie 31–32

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **wirtschaftliches Bauen** [Teil IV, Tz. 4.3, S. 342 ff.]
 - Realisierung von Bauprojekten
 - Planung und Bauen benötigen mehrere Jahre (Musterprozess 7 Jahre)
 - Mittelbereitstellung über Haushalt und Bauprozess besser synchronisieren
 - Vorausschauende Planung über Mittelfristige Finanzplanung
 - Standardisierung der Planung von Flächen und Qualitäten, aber die Grundstücksverhältnisse beachten
 - Priorisierung an Hand der Kapazitäten
 - Wissenmanagement
 - Verbesserung der Abstimmungen mit Bauherrenämtern
 - Gemeinsames Projektverständnis
 - Realisierungswettbewerbe nur bei komplexen Bauprojekten
 - Keine Wettbewerbe bei Standardaufgaben
 - Wettbewerbe sind meist langwierig und sollten die Ausnahme sein

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **wirtschaftliches Bauen** [Teil IV, Tz. 4.3, S. 342 ff.]
 - Kostendeckel vertraglich vereinbaren
→ Konsequenzen für Vertragspartner
 - Leitlinien wirtschaftliches Bauen und Handbücher
 - Lebenszyklusbetrachtung bei Planung und Umsetzung der Projekte
 - Einhaltung der städtischen Standards durch Projektleitungen überwachen
 - Steuerung der Projekte (Zeit- und Kostenmanagement)
 - Funktionalität sollte im Mittelpunkt stehen
 - Personelle Ausstattung in den Ämtern
 - Aktuelle Situation: Lieferengpässe und Preissteigerungen
 - Preisgleitklauseln bieten eine faire Möglichkeiten für Bieter und Stadt; Land und Bund arbeiten bereits mit Preisgleitklauseln
 - Mehrkostenvorlagen – mögliche Lösung: 10%-Grenze in ABV vorübergehend anpassen und Projektsteckbriefe einführen

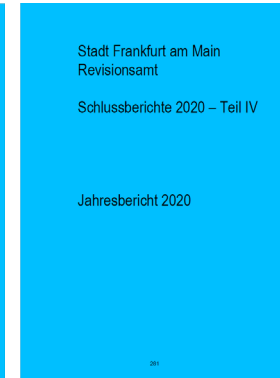
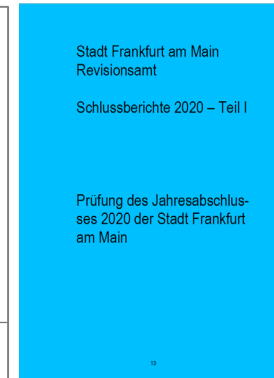
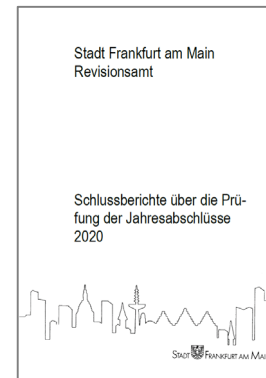
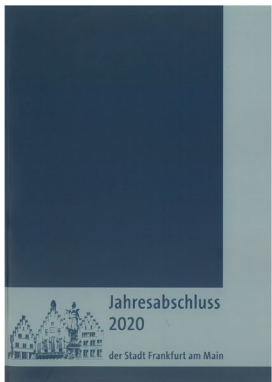
Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Zusammenfassende Feststellung

- **Reformthemen** werden weiterhin nicht/nur zögerlich angegangen
- **Reformprojekte** dauern (zu) lange/werden nicht zu Ende geführt
- **Kernproblem:** Dezentrale Strukturen und nicht wahrgenommene Ressourcenverantwortung

■ Lösungsvorschläge

- **Schaffung vom Portfolio-Projektmanagementstrukturen**
- **Neuausrichtung der Reformkommission**
- **Ausbau der Projektmanagementkompetenz**
- **Fokussierung und Priorisierung von Projekten**




Schlussberichte 2020







Stand der Entlastungsverfahren,
Bemerkungen zu städtischen
Aufgabenträgern
Ausblick und Fazit

Stand der Entlastungsverfahren

■ Entlastungsverfahren der Kernverwaltung [Teil I, Tz. 5]

	Frist 2019	Vollzug 2019	Frist 2020	Vollzug 2020
Aufstellung JA durch Magistrat	30.04.2020	29.05.2020 <u>M 87</u>	30.04.2021	07.05.2021 <u>M 59</u>
Aufstellung Kons. GA durch Magistrat	30.09.2020	09.11.2020 <u>M 182</u>	30.09.2021	25.10.2021 <u>M 164</u>
Entwurf der SB	-	02.06.2021	-	06.05.2021
Fertigstellung der SB	-	06.08.2021	-	29.07.2022
Kenntnisnahme SB durch Magistrat	-	23.08.2021 <u>M 122</u>	-	29.08.2022 <u>M 136</u>
Kenntnisnahme SB durch StVV	-	<u>M 122</u> vom 23.08.2021	-	<u>M 136</u> vom 29.08.2022
Beratung in den Ausschüssen	-	21.09.2021: HuF 25.10.2021: CoRev	-	04.10.2022: CoRev 18.10.2022: HuF
Beschluss der StVV	31.12.2021	11.11.2021 	31.12.2021	20.10.2022 ?

Bemerkungen zu städtischen und stadtnahen Aufgabenträgern

- Entlastungsverfahren der Eigenbetriebe [Teil IV, Tz. 6.3]
 - nur bei 2 von 6 EigB. (**KKJF, VHS**) wurden die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2020 fristgemäß festgestellt 
 - problematisch: **Städtische Kliniken** haben den Rückstand vollständig eingebüßt und sind wieder Schlusslicht 
 - **SEF** (27.01.2022) und **Kita** (31.03.2022) leicht verspätet festgestellt 
 - **HMB** verspätet (09.06.2022) festgestellt 
- „Allgemeine Stiftungsordnung“ (kein neuer Sachstand) [Teil IV, Tz. 8.2] 
 - Novellierung seit **1999** empfohlen
 - letzte Initiative des Magistrats in 2010/2011 → seither **11 Jahre** vergangen
 - Stellungnahme des Magistrats (M 194 vom 11.11.2019) → Stiftungsaufsicht
- Prüfung und Entlastung bei **öffentlich-milden Stiftungen** fristgemäß 
[Teil IV, Tz. 8.3]

Ausblick und Fazit

- **Schlussberichte 2020** zum 2. mal ausschließlich digital
- **Jahresabschlussprüfungen 2021** werden noch durchgeführt
- **Konsolidierter Gesamtabchluss 2021** in Aufstellung
- **Schlussberichte 2021** derzeit in Erstellung
- Das **Ziel**, die Beschlussfassung zu den Jahresabschlüssen zeitlich weiter vorzuverlegen, ist – wie einleitend dargestellt – erneut erreicht bzw. ermöglicht worden!
- prüferische Begleitung von diversen begonnenen **(Reform-)Projekten**
- Mitwirkung beim **IT-Strategierat** und in Lenkungskreisen von IT-Projekten
- Empfehlung zur **Neustrukturierung der Reformkommission**

Schlussberichte 2020

Für die Beantwortung Ihrer Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung!

Zudem freuen wir uns über Lob/Kritik bzw. Ihre Anregungen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Der Magistrat
Revisionsamt
Gutleutstraße 26
60329 Frankfurt am Main
hans-dieter.wieden.amt14@stadt-frankfurt.de
www.revisionsamt.stadt-frankfurt.de
<http://www.revision125ffm.com>

Besuchen Sie uns auf Frankfurt.de:

